

Zürich, Bülach und Illnau-Effretikon, 31. Oktober 2005

KR-Nr. 295/2005

POSTULAT von Carmen Walker Späh (FDP, Zürich), Martin Mossdorf (FDP, Bülach) und Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)

betreffend Finanzierung kantonaler Strasseninfrastrukturen

Der Regierungsrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie der drohende Verkehrskollaps des motorisierten Individualverkehrs im Kanton Zürich mittels geeigneten Finanzierungsstrategien vermieden werden kann. Dabei sind auch die Konsequenzen einer Untätigkeit aufzuzeigen.

Carmen Walker Späh
Martin Mossdorf
Thomas Vogel

Begründung:

Die Mobilitätsbedürfnisse haben sich schon seit Jahren so rasch entwickelt, dass die Anpassungen auf Seiten der Verkehrsinfrastrukturen damit nicht Schritt halten konnten. Unmittelbare und täglich spürbare Folgen sind Staus, Suchverkehr, unfreiwilliger Umwegverkehr und eine grosse Unzufriedenheit in der Bevölkerung, im Handel und Gewerbe sowie bei anderen Nutzenden der Strasseninfrastruktur. Dringend notwendige Ortsumfahrungen können wegen den nicht vorhandenen finanziellen Mitteln nicht gebaut werden, was sich negativ auf die Belastung der Bevölkerung durch Lärm- und Luftschadstoffe auswirkt. Staukosten schlagen auch volkswirtschaftlich schwer zu Buche, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen. Konkrete Lösungsansätze mit Ausnahme einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer gestützt auf das geltende Verkehrsabgabegesetz, welche das Volk in den vergangenen Jahren wiederholt abgelehnt hat, liegen heute keine vor.

Das Aufzeigen von möglichen Szenarien (Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer, Verwendung von allgemeinen Staatsmitteln, Modelle von public-private-partnership, Systemwechsel zu einer nutzungsabhängigen Verkehrsabgabe) und deren Konsequenzen auf den Unterhalt und den Bau von Strasseninfrastrukturen im Kanton Zürich ist dringender denn je.

Gleichzeitig soll der Regierungsrat die Konsequenzen für den Unterhalt und den Neubau von kantonalen Projekten bei einer Untätigkeit aufzeigen.

295/2005